

Schwarzwälder Tageszeitung

Ge. 7

„Aus den Tannen“ Fernsprecher Nr. 11

Leitungsblatt für den Kreis Nagold und für Ultenberg-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat April 2800 Mk. mit Postgebühren. Ein einzelnes Exemplar 150 Mk. Anzeigerpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 150 Mk., die Rückseite 400 Mk. Mindestbetrag eines Auftrags 500 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorzug ist der Rabatt fünfzig Prozent.

Nr. 97.

Ultenberg, Freitag den 27. April.

Jahrgang 1918

Vor dem deutschen Angebot.

Wenn jetzt die deutsche Regierung sich anschickt, auf Entzuns Anregung einzugehen, so erkennt sie damit als Brandstiftung die Lokalfiktion des auf den Frieden dringenden Geistes in den Ausführungen des englischen Ministers des Aeußern an. In erster Linie soll denen in der Welt, welche die Verantwortung für die Verübung des Weltkrieges vermutlich in schwerer Verkennung der tatsächlichen Kampfsituation auf die angeblich schwächeren Schültern laden möchten, der Vorwand zu jeder bequemen moralischen Belastung Deutschlands genommen werden. Der diplomatische Schritt, der in Betracht kommen könnte, muß gerade aus diesem Grunde sorgfältig vorbereitet und im einzelnen mit aller Ruhe erwogen werden. Wenn man auch schließlich auf eine französische Ablehnung gefaßt sein mag, so darf doch nicht im Urteil verfahren, die den Anspruch erheben, die Dinge einigermaßen unvoreingenommen zu betrachten, aus dem deutschen Schritt eine solche Ablehnung als gerechtfertigt erklärt werden. Deshalb wird vermutlich noch einige Zeit darüber hinweggehen, ehe die diplomatische Aktion in Wirkung treten kann.

An welche Adresse das deutsche Angebot erfolgt, steht noch dahin. Was aber sollen wir nun anbieten? Wenn im „Daily Telegraph“ gesagt wird, die Deutschen sollten sich damit begnügen, ihrer Vereinfachung „unsern Anteil zu geben, selbst wenn die Entscheidung einer beiderseitigen Autorität die deutsche Ansicht über die Unfähigkeit, die Welt zu halten, umzusetzen sollte, so wird damit der deutschen Regierung eine Unrechtfertigkeit zugemutet, zu der sich das Kabinett Cuno niemals bequemen wird. Das Januarangebot war in ehelicher Ueberzeugung von der Grenze unserer Leistungsfähigkeit ausgearbeitet worden. Ueberzeugungen, die man wechseln wie ein Hemd, werden dadurch nicht glaubwürdiger. Das Ergebnis der deutschen Selbstprüfung kann durch das Ruhrabenteuer jedenfalls auch nicht in die Höhe getrieben worden sein. Wenn Rosenberg den Hughes'schen Plan eines neutralen Prüfungsausschusses angegriffen hatte, so ist das vermutlich in der Ueberzeugung geschehen, daß eine sachliche Prüfung die deutsche Leistungskraft durch wirtschaftliche und finanzielle, von politischen Zwecken nicht beherrschte Autoritäten ein mindestens wesentlich anderes Ergebnis nicht haben könnte. Sei dem wie ihm wolle, falls Zahlen von deutscher Seite wiederum genannt werden sollten, so dürfte sich der neue Vorschlag nicht weit davon entfernen, was Herr v. Koenig schon einmal im Reichstag vorgetragen hat. Das deutsche Angebot sollte also enthalten, erstens die feste und erneuerte Zusicherung zu Entschädigungsleistungen, ferner Bürgschaften für die Tilgung und Verzinsung einer Anleihe an die in Betracht kommenden Anleihegeber. Wie diese Bürgschaften aussehen könnten, ist wohl Gegenstand schwieriger Erörterungen. Wegen einer Befriedigung deutscher Eisenbahnen macht sich der schärfste Widerspruch gerade auch in sozialdemokratischen Kreisen bemerkbar. In der Frage der Sicherung müßte unbedingt und mit aller Energie an dem Grundgedanken der Gegenseitigkeit, den Lord Curzon so sehr in den Vordergrund gesetzt hat, festgehalten werden. Man könnte sich dabei vielleicht einen Posten denken, der die derzeitige territoriale Grenze zwischen Frankreich und Deutschland verbürgte, wenn ihn etwa die Schweiz, Holland, England, vielleicht auch die Vereinigten Staaten als Bürgen mitunterzeichneten. Ueber die Dauer dieses Garantiepaktes wäre eine Einigung wohl sehr leicht zu erzielen. Nur müßte geordert werden, daß auch Frankreich seinerseits einen Garantiepaß über die Unverletzlichkeit des deutschen Gebietes anerkennt. Die Räumung des Ruhrgebietes müßte auf alle Fälle als erster Punkt des Paktes verbürgt werden. Eine feste Gestalt haben die deutschen Absichten, die auf einen diplomatischen Schritt in ähnlicher oder anderer Form hinauslaufen dürften, noch nicht angenommen. Der Schritt wird von deutscher Seite nicht leichten Herzens unternommen und nicht aus irgendwelchem Antriebe, der aus einer innerpolitischen Zwang zurückschließen wäre. Die Anregungen des britischen Ministers des Aeußern haben den unmittelbaren Anlaß für diese Absicht gegeben. Sollte der deutsche Vorschlag auf französischer Seite kein Echo finden, so wäre damit zweifellos auch im Urteil der gerecht denkenden Neutralen eine neue politische Phase eingetreten, über deren Gefahren und Aussichten heute schon Betrachtungen anzustellen verfrüht wäre.

Es liegt in Ihrem eigensten Interesse

unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ zu lesen und sie für sich auf den Monat Mai sofort zu bestellen. Versäumen Sie diese Bestellung nicht, denn Sie können nicht ohne Zeitung sein!

Bezugspreis für den Monat Mai 2800 Mark.

Reichs-Feiertage.

Dem Reichstag ist folgender Entwurf eines Reichsgesetzes über die Feiertage und Gedenktage zugegangen:

§ 1. Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der 11. August als Verfassungstag.

§ 2. Gedenktag für die Opfer des Krieges ist der sechste Sonntag vor Ostern.

§ 3. Reichsrechtlich anerkannte Feiertage sind außer den Sonntagen 1. der Neujahrstag, 2. der Ostermontag, 3. der Himmelfahrtstag, 4. der Pfingstmontag, 5. der Nationalfeiertag (Verfassungstag), 6. der erste und zweite Weihnachtstag. Ferner bleiben als reichsrechtlich anerkannte Feiertage geschützt der Karfreitag, der Fronleichnamstag und der Bußtag am Mittwoch vor dem letzten Trinitatissonntag, soweit diese Tage nach dem am 1. Januar 1923 bestehenden Landesrecht staatlich anerkannte Feiertage sind.

§ 4. Feiertage nichtreligiöser Art können nur durch Reichsgesetz festgesetzt werden; entgegenstehende Festsetzungen treten außer Kraft. Diese Vorschriften gelten nicht für den 1. Mai.

§ 5. Die reichsrechtlich anerkannten Feiertage sind Feiertage oder allgemeine Feiertage im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften.

§ 6. Der Gedenktag für die Opfer des Krieges kann in besonders geeigneten Fällen aus örtlichen Gründen durch Anordnung der Landesregierung mit Zustimmung der Reichsregierung ausnahmsweise verlegt werden.

§ 7. Die Landesregierungen können Anordnungen gegen die Störung der Feiertage des Nationalfeiertags und des Gedenktags für die Opfer des Krieges erlassen; Zuwiderhandlungen werden nach § 306 des Strafgesetzbuches bestraft.

In der Begründung heißt es: Im Interesse der Reichseinheit liegt es, daß in den verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches nicht gegensätzliche politische Feiertage gelten. Die Bestimmung politischer Feiertage für Deutschland muß vielmehr grundsätzlich Sache des ganzen Reiches sein und für Deutschland einheitlich geschehen. Bisher sind hauptsächlich der 1. Mai und der 9. November in Frage gekommen. Der Entwurf schlägt gegenüber dieser zurzeit bestehenden Regelung einen Mittelweg vor. Er führt den Grundgedanken an, daß die Festsetzung weltlicher Feiertage im Sinne der Gesetze der Zuständigkeit des Reiches vorbehalten wird und entgegenstehende landesrechtliche Bestimmungen aufgehoben werden, läßt aber hinsichtlich des 1. Mai eine Ausnahme zu, indem die Bestimmung des 1. Mai zum Feiertag, wo sie erfolgt ist (Sachsen, Baden, Thüringen, Hamburg, Lauenburg, Anhalt, Mecklenburg, Schaumburg-Lippe), bestehen bleibt und die Entscheidung hinsichtlich des 1. Mai auch weiter den Ländern freisteht. Für das ganze Reich soll daher vorläufig nur der 11. August als politischer Feiertag bestimmt werden.

Zu dem Gesetzentwurf über Feiertage und Gedenktage schreibt der Chefredakteur in Württemberg: In dem vom Reichsrat beschlossenen Gesetzentwurf über Feiertage und Gedenktage wird man in Württemberg das Erscheinungsbild vermissen. Daß das Fest hier fehlt, kann aber nicht heißen, daß es in Zukunft kein gesetzlicher Feiertag mehr sein soll. Das Reichsgesetz soll ja in die landesgesetzlichen Feiertage nicht eingreifen, und es wird kein Grund sein zu der Besorgnis, daß in Württemberg an der bisherigen Ordnung etwas geändert wird. Wesentlich ist aber, daß der Karfreitag nicht als allgemeiner Feiertag für das ganze Reich festgesetzt ist.

Drohende Wolken in Oberschlesien.

Seit Wochen ziehen schwere Wolken im Südosten Deutschlands auf. Marshall Foch, General De Rond haben Paraden in Warschau, Prag, aber auch in Rattowitz abgenommen und sind von den Polen und ihren Anhängern mit Jubel begrüßt worden. Es ist anzunehmen, daß in einer Zeit, wie die jetzige, der französische Generalfeldmarschall nicht ohne wichtigen Grund aus Frankreich sich entfernen könnte. Nachrichten, die aus Oberschlesien kommen, wissen denn auch Tatsachen zu berichten, die jedem Deutschen zu denken geben müssen. Es steht einwandfrei fest, daß während der Overtage große Waffentransporte aus Warschau nach Polnisch-Oberschlesien gegangen sind. Bei den an Polen gefallenen Häutenwerken, Bismarck-Hütte, Baildon-Hütte, Königs-Hütte sind flammende Plakate angeschlagen worden, die von polnischen Verbänden unterzeichnet waren und den sofortigen Abzug der deutschverbleibenden Arbeiter verlangten. Auch hier ist der Deutsche nur der geduldet, jeder Zeit hinauszuweisende Fremdling, obwohl er auf eigenem Boden steht. Verschiebener Anzeichen deuten darauf hin, daß die Reichsregierung sich der Gefahren wohl bewußt ist. Allgemeines Gespräch in Kleinow und Oppeln ist es, daß der polnische Putch in den ersten Wirtagen 1918 durch wird, und da empfinden es die dortigen deutschen Bewohner als eine große Beruhigung, die Inverpflicht der Reichsstellen festzustellen. Verstärkte Schutzpolizei ist seit einiger Zeit in Oberschlesien und es kann wohl mit Recht angenommen werden, daß bereits bei den ersten Versuchen sich die Polen blutige Köpfe holen werden und schließlich wird wie bereits der junge deutsche Selbstschutz aufstehen und seine Pflicht tun.

Neues vom Tage.

Ruhrchronik.

Essen, 26. April. Bei Altsessen ist ein Anschlag auf einen Personenzug verübt worden. Mehrere Personen sind verletzt, mehrere Wagen beschädigt. Die Franzosen haben bereits mit Repräsentationen gedroht.

Krefeld, 26. April. Im Anschluß an eine Kirmes kam es im benachbarten St. Thonis zu einem blutigen Pöbelkampf. Junge Burschen lärmten vor dem Hause eines belgischen Staatsangehörigen, worauf dieser im Verlauf eines Streites vier Schüsse abgab. Ein unheilvoller Krefelder Bürger wurde tödlich verletzt, andere Deutsche erlitten leichtere Verletzungen.

Paris, 26. April. Havas meldet aus Düsseldorf: Oberhalb des Bahnhofes Essen-Süd ist eine Metallschachtel mit Explosivstoffen von einem in Fahrt befindlichen Zuge auf einen französischen Wagentypen geschleudert worden. Das Geschoss verfehlte sein Ziel und explodierte auf dem Boden ohne Schaden anzurichten.

Paris, 26. April. Wie sich mußten 3000 Eisenbahner mit ihren Familien das besetzte Gebiet verlassen. Falls die deutschen Eisenbahner dem neuen Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit keine Folge leisten, wird sich die französische Eisenbahnverwaltung an die polnischen Eisenbahner wenden.

Dr. Petersen zur außenpolitischen Lage.

Frankfurt a. M., 26. April. Der Führer der Deutschdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Senator Dr. Petersen-Hamburg, sprach über die heutigen Notwendigkeiten der deutschen Außenpolitik. Er hob hervor, daß es im Ruhrkampf um unsere ganze Zukunft gehe. Wir sind bereit, so betonte der Redner weiterhin, uns mit den Franzosen zu verständigen, Zahlungen im Rahmen des Möglichen zu leisten, Frankreich Sicherungen gegen neue Kriege zu gewähren und uns an der Abrüstung in Europa ehrlich zu beteiligen. Alles, was zu den vereinigten Staaten von Europa führen kann, sind wir bereit, zu tun, nur eines kann Frankreich nicht haben: Niemals werden wir uns dazu hergeben, auch nur einen Roll breit deutschen Gebietes abzutreten. Die Deutschdemokratische Partei weiß, wie unerhöhet schwer heute die politische Situation ist. Sie weiß auch, daß nur eine kluge Politik aus dieser Situation herausführen kann. Mit Genugtuung empfindet sie es, daß unter dem Druck von außen heute eine Einheitsfront im Innern entstanden ist. Sie freut sich vor allem darüber, daß von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei völlige Einigkeit über die Notwendigkeit der Herbeiführung von Verhandlungen herrscht. Nach innen hin werden wir den demokratischen Staat aufrecht zu erhalten haben, für den sich heute die Kämpfer an Rhein und



den wir die 7. Klasse haben, fehlt uns nur noch die 8. und 9. Klasse. Für die Einrichtung eines Schulheims hat sich die Pflanzschule in Pflanzbach bereit erklärt. Der Gemeinderat ist mit der Einrichtung eines Schulheims einverstanden.

Dom Margraf, 26. April. (Beschleunigter Ausbau der Pflanzschule.) Von Stuttgart wird berichtet: Der Ausbau der Pflanzschule soll, wie wir hören, bereits beschlossen werden, doch der Bahnbetrieb im Laufe des nächsten Winters aufgenommen werden kann. Der Reichsverkehrsbau hat bei seiner letzten Anwesenheit in Karlsruhe erklärt, der Bahnbau werde mit aller Hast ausgearbeitet werden. Die wesentlichen Hindernisse, die der Bahn entgegenstehen, sind allerdings nicht groß, sobald es schon einmal sehr umständlichen Arbeit bedarf, um den Bahnbetrieb in Pflanzbach zu dem oben genannten Zeitpunkt zu ermöglichen.

Schlack, 26. April. (Gewerbet.) Heute früh berichtete unser Stadtmagistrat die sächsische Kurde, daß Fabrikant Hermann Kornbrücker in der Nacht ermordet worden sei. Nach den bisherigen Feststellungen wurde Fabrikant Kornbrücker heute nacht 1 Uhr durch einen Schuss durch die Fenster in seinem Schlafsaal getötet. Ein Verbrechen und Verbrechen sind in eifrigster Tätigkeit, den Tätern auf die Spur zu kommen.

Stuttgart, 26. April. (Sommerlandtag.) Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf vorgelegt, durch den das Finanzministerium ermächtigt werden soll, dem Reichsverband Reutlingen G. m. b. H. aus dem Betriebs- und Betriebskapital der Staatsbankrottstelle zum Ausbau des Technikums für Textilindustrie in Reutlingen Darlehen bis zum Gesamtbetrag von 60 Millionen Mark gegen angemessene Verpfändung und gegen Tilgung nach näherer Bestimmung des Finanzministeriums zu gewähren.

Stuttgart, 26. April. (Jahresversammlung des Ev. Pfarrvereins.) In der am Mittwoch abgehaltenen, von Pfarrern aus dem ganzen Land beteiligten Mitgliederversammlung des Evang. Pfarrvereins wurde im Anschluß an den Jahresbericht des Vorsitzenden einstimmig eine Entschließung gefaßt, worin die Staatsregierung dringend gebeten wird, die Pfarrer gleich den anderen öffentlichen Beamten in die seit Oktober letzten Jahres fälligen Gehälter einzuweisen, und für einen baldigen vorläufigen Abschluß der finanziellen Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat einzutreten wird. Den mit vieler Zustimmung aufgenommenen Hauptantrag hielt Stadtpfarrer Schwaner-Klingens über die Kirchenaustrittsbewegung und die evang. Kirche. Dem Vortragen der württembergischen Kirchenleitung gegen den Abolitionismus schloß sich die Pfarrvereinsversammlung in einer einstimmig gefaßten Erklärung vollständig an. Schulunterricht am 1. Mai. Von zuständigen Stellen wird mitgeteilt: Ein Ansuchen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes um Vertreibung der schulpflichtigen Kinder, deren Eltern für den 1. Mai darum nachsuchen, hat das württ. Kultusministerium der übereinstimmenden Stellungnahme der Ober- und Mittelschulbehörden entsprechend im Hinblick auf die Folgen für andere Fälle, wie aus Gründen der Zweckmäßigkeit abgelehnt. Dagegen hat das Ministerium nichts einzuwenden, wenn an den Orten, wo die Verhältnisse eine geordnete Durchführung des Schulbetriebs am 1. Mai erschweren würden, die örtlichen Schulorgane auf den 1. Mai einen der Schulen zur Verfügung stehenden sog. beweglichen Ferienort verlegen; da der Nachmittags- und 1. Mai an diesen Plätzen ohnehin schulpflichtig sein wird, so dürfte dadurch einem etwa auftretenden Bedürfnis durchaus genügt sein.

Wangen, 26. April. (Auswanderer.) Drei Familien mit 20 Köpfen und einige Einzelpersonen sind nach Brasilien abgereist. 2-3 weitere Familien werden in den nächsten Wochen folgen, einige sind schon vor 14 Tagen vorausgereist. So kann man hier von einem heimlichen Auswanderungsstrome sprechen.

Wiesingen, 26. April. (Das erste Futter.) Der erste Schnittroggen wurde vorgestern von Oekonom Fr. Gölz eingeführt.

Schorndorf, 26. April. (Töblicher Unfall.) Beim Abladen von Baumstämmen von einem Wagen fiel ein ins Rollen gekommenen Baumstamm auf einen Kinderwagen, der einem Auto auswichen wollte. Dem verunglückten Kind, das in dem Wägelchen war, wurde die Schädeldecke eingedrückt, so daß es sofort tot war.

Gmünd, 26. April. (Alter Fund.) Bei baulichen Veränderungen im früheren Gohaus zur Traube wurde unter dem Dach im Bauputt das einstige Junstbild der Schuttmacher aufgefunden und geborgen. Das Junstbild ist ein Blechschild, das in Form und Ornament in Pflanzbach häufig ausgeführt ist und das Bild des hl. Ursula zeigt.

Ellwangen, 26. April. (Um das Waisenhaus.) Der Beschluß der Staatsregierung, das Stuttgarter Waisenhaus hierher zu verlegen, hatte hier große Erregung in der Bevölkerung verursacht, die durch politische-journalistische Nachrichten noch geschürt wurde. Der Gemeinderat verhandelte über die Sache erneut, wollte den Staatspräsidenten hierher heuern und drohte, einer Regierungskommission scharf entgegenzutreten. Der Reichsminister mußte die Bürger zu dem Akte laden. Mehr als 500 irreführende Ellwanger Bürger waren denn auch in der früheren Unteroffiziersbildungsanstalt, als die Regierungskommission aus Stuttgart mit den Präsidenten Haag und Bütz und Staatsrat Vogelmeier eintraf. Erklärte der Stadtschultheiß hatte im Gemeinderat zur Landgebung und Parole ermuntert: Die Waisenhaus, die Waisenhaus! Die „gemachte“ Landgebung verlief aber ziemlich harmlos. Als Präsident Haag erklärte, daß die Volksschulabteilung in Ellwangen bleibe, legte sich bald die ungeschäftigte Entrüstung. Bei den Verhandlungen wurde über die Raumeinteilung eine Einigung erzielt. Auf 1. Oktober soll das Waisenhaus in Stuttgart

nach Ellwangen verlegt werden. Der ruhig und vernünftig geführte Teil der Bevölkerung verurteilt die Ausschreitungen feindschaftlicher und konfessioneller Hege. Jedenfalls bedeutet die Angelegenheit für die einst „gute Stadt“ Ellwangen kein Ruhmesblatt.

Überdorf a. N., 26. April. (Betriebsunfälle.) Die Wasserabteil Rauher hat sich genötigt gesehen, zur Reparatur überzugehen. Bisher wird nur an einem Tage der Woche gearbeitet. Mit der Neuregelung verbunden ist die Entlassung von 400 Arbeitern, in erster Linie solcher vom Lande, die eigenes Vermögen haben.

Friedrichshafen, 26. April. (Flugzeugunfall.) Ein mit mehreren Passagieren besetztes Dornier-Flugzeug war bei Währing in Folge Versagens des Motors zu einer Notlandung gezwungen. Dem Führer gelang es, auf einem Acker zu landen, wobei das Flugzeug erhebliche Beschädigungen erlitt. Der Monteurmeister Sob erlitt nicht lebensgefährliche Quetschungen.

Eine gefährliche Einbrecherbande verhaftet. Stuttgart, 26. April. Eine ganz gefährliche Einbrecherbande befindet sich hier in Haft. Die Mitglieder haben seit langen Jahren Einbrüche in Kirchen, Synagogen, Kapellen und Familiengräbern ausgeführt. Insgesamt wurden bis jetzt 30 solcher Einbrüche aufgeföhrt. So die Synagogen-Einbrüche in Stuttgart, Ludwigsburg, Göttingen, Heilbrunn, Forzheim, Karlsruhe und Basel, ferner die Kirchen-Einbrüche in Weilerstadt, Herrenberg, Remmich im Juffenhansen Neubingen (Baden), Freiburg und Baden-Baden, ferner die Kapelleneinbrüche in Würmlingen und Horb und ein Grabschmiedbruch in ein Familienbegräbniß auf dem Bragfriedhof, bei dem die Täter sogar den Jinsarg öffneten. Außerdem wurden Fabriks-Einbrüche in Stuttgart, Feuerbach und Weilsheim, sowie einige Bauernhauseinbrüche aufgeföhrt. Rädelführer ist der 29 Jahre alte Fabrikarbeiter Hermann Schmiedeburger von Juffenhansen; Helfer waren der Hilfsarbeiter Johannes Schmid aus Stammheim, Eisenarbeiter Johannes Schmid aus Hofen a. N., der Arbeiter Karl Fleischmann aus Weilsheim. Die aus den Kirchen entwendeten Gegenstände wurden von dem Goldarbeiter Heinrich Deter von Juffenhansen eingeschmolzen. Nur geringe Mengen bereits eingeschmolzenen Silbers wurden beibehalten, außerdem einige Altarbücher; dagegen wurden Sachen im Werte von sieben Millionen Mark, die aus Fabriks-Einbrüchen stammten, sichergestellt.

Karlsruhe, 26. April. (Beileid des badi-schen Landtags.) Im Austrage des badi-schen Landtags richtete Landtagspräsident Wittmann an die Großherzogliche Familie zum Ableben der Großherzogin Luise Luise folgendes Beileidtelegramm: Neuschloß Baden-Baden. Königliche Hoheit! Mit Ihnen trauert in herzlichster Anteilnahme der badi-sche Landtag um den Heimgang der hohen edlen Frau, Frau Großherzogin Luise, deren Andenken wegen ihrer so überaus großen Verdienste um die Heimat ein unvergängliches und segnetes bleiben wird. (Bez.) Landtagspräsident Wittmann.

Der Fall Keil-Bazille.

Der württ. Reichstagsabgeordnete Arbeitsminister Keil hat dem Reichstagspräsidenten Löbe folgende Erklärung mit der Bitte um Bekanntgabe im Reichstag zugeföhrt: In der 254. Sitzung des Reichstags vom 18. Juli 1922 habe ich im Anschluß an eine Rede des Herrn Abg. Bazille, die das Haus in höchste Erregung versetzt hatte, dem Abg. Bazille auf Grund mir glaubwürdig erscheinender Angaben vorgehalten, es sei ihm attestiert worden, daß er sich als deutscher Beamter in Belgien reichlich mit Nahrungsmitteln versorgt habe, die für die Truppen bestimmt gewesen seien, und er habe sich durch Ueberhebung von Gehaltsbezügen des Betrugs schuldig gemacht. Da sich inzwischen ergeben hat, daß die Nahrungsmittel, mit denen sich Herr Bazille als Beamter in Belgien versorgte, nicht für die Truppen bestimmt waren, da ferner die Erhebung doppelter Gehaltsbezüge von den von mir zu Rate gezogenen Juristen strafrechtlich verschiedentlich beurteilt wird und die Staatsanwaltschaft die Frage nach dem Tatbestand des Betrugs im Sinne des § 263 StGB. verneint, stehe ich nicht an, die genannten Vorwürfe und die daran geknüpften Bemerkungen, soweit sie verlegend waren, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Kauferei zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Im Münchener Stadtrat kam es zu einer wüsten Kauferei zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Als der Redakteur Wegener des „Münchener Anzeigers“ verhaftet werden sollte, war er verschunden.

Italienische Krise. Der Ministerrat der Faschisten billigte die vom Ministerpräsidenten Mussolini getroffene Entscheidung gegenüber der katholischen Volkspartei. Mussolini soll die drei von den Katholiken eingenommenen Ressorts nicht wieder besetzen lassen wollen. Ferner beabsichtigt er, alle Unterrichtssekretariate eingehen zu lassen. Die faschistische Presse spricht von einer weiteren Entwicklung der faschistischen Revolution. Das Parlament soll ganz stillgelegt werden.

Eine Verschwörung gegen Mussolini aufgedeckt. Die Polizei hat eine große, gegen Mussolini und gegen die Führer des Faschismus gerichtete Verschwörung aufgedeckt. Das Haupt der Verschwörer ist ein gewisser Befce. 300 Personen standen auf der Schwarzen Liste der Verschwörer.

Buntes Allerlei.

Eine ganze Wohnkolonie ausgeraubt. Die das „Berliner Tageblatt“ aus Halle meldet, überfiel eine bewaffnete Bande nachts die Kolonie Elchhorn bei Gardelegen, trieb die Kolonisten mit vorgehaltenen Revolvern in einem Zimmer des Wohnhauses zusammen und raubte dann alle Wertgegenstände im Gesamtwert von über 20 Millionen Mk. Selbst die Traurinae wurden den Ueberfallenen von den Financern abgenommen. Ein Knecht wurde gezwungen, die Beute auf einem Wagen nach dem Bahnhof Ollschelde zu fahren. Unterwegs inate man ihn davon.

Der große Rheindurchbruch bei Diepholz. Die Bedeutung des am 18. April vollzogenen und jetzt in der Hauptsache abgefoffenen Rheindurchbruchs bei Diepholz zwischen Boraeberg und dem Ranton St. Gallen kann für die beteiligten Rheintalgemeinden auf beiden Seiten der Ruffel nicht hoch genug eingeschlagen werden, denn die Bewohner schwebten in ständiger Gefahr großer Ueberschwemmungen; hatte sich doch in den letzten 50 Jahren allein infolge der Geklebeabflauerungen die Flußzone um 2,8 Meter erhöht, so daß der Hochwasserstand auf dieser Strecke schließlich 6 Meter höher lag als das Hinteraellände. Der Ruffel durchbrach hatte den Rheinflaß schon um 7,5 Kilometer gekürzt und nun ergibt der Diepholzer Durchbruch, der im ganzen 6,2 Kilometer lang und von Damm zu Damm nicht weniger als 1,20 Kilometer breit ist, eine weitere Reduktion um 3 Kilometer. An dem neuen gestreckten Flußlauf werden nun die Geklebeabflauerungen aufgehört. Der Durchbruch wird durch die Schleusekraft des Wassers wird sich nach und nach wieder eine Senkung der Rheinzone einstellen, so daß jetzt namentlich angesichts des raschen Laufes des Wassers Ueberschwemmungsgefahren so gut wie ausgeschlossen sind.

Vor den Klimenten in den Tod geföhrt. Der Bergmann Josef Portenbacher in Nied (Bayern) hat seinem Leben ein Ende gemacht, indem er mehrere Thrombozytosen zusammenband und zur Entladung brachte. Der Grund zu dem Selbstmord war, daß B. für sechs Kinder Klimenten zu zahlen hatte, die ihm von seinem Lohn abgezogen wurden. Der Rest seines Arbeitslohnes reichte ihm nicht zu Leben. Sein Versuch, ins Ausland zu gehen, mißlang, da er dafür keine Erlaubnis erhielt.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Donnerstag in Frankfurt 29 146 G., 29 323 Br., in Berlin 29 127 G. und 29 273 Br.

- 1 Schweizer Franken = 5299 G., 5325 Br.
- 1 iranischer Franken = 1957 G., 1967 Br.
- 1 italienischer Lira = 1436 G., 1443 Br.
- 1 Pfund Sterling = 134 562 G., 135 237 Br.
- 1 holländischer Gulden = 11 321 G., 11 378 Br.
- 100 österreichische Kronen = 40,40 G., 40 70 Br.
- 1 tschechische Krone = 862 G., 867 Br.
- 1 dänische Krone = 5473 G., 5501 Br.

Württembergische Notenbank N. G. in Stuttgart. Dem Vorstand der Reichsbank folgend, hat die Württ. Notenbank ihren Diskontsatz auf 18 Prozent und ihren Zinsfuß für Darlehen auf gesetzlich zugelassene Wertpapiere auf 19 Prozent erhöht.

Carlania Linoleum Werke, A. G., Dietzheim. Der ordentlichen Generalversammlung am 18. Mai d. J. wird die Ausschüttung einer Dividende von 6 Prozent auf die Vorzugsaktien und von 60 Goldpf. zum Kurse von 5000 = Mk. 3000. auf jede Stammaktie vorgeschlagen werden. An der Dividende für die nicht vollbezahlten Aktien sollen 750 Mk. für die restliche Vollzahlung von 75 Prozent für jede Aktie geföhrt werden.

Schweizer Mustermesse in Basel. Die 17. Schweizer Mustermesse in Basel hat am Mittwoch ihre Pforten wieder geschlossen. Das Geschäft hat sich, wie berichtet wird, besser entwickelt, als anfangs angenommen wurde. Besonders die Maschinen- und die elektrotechnische Branche haben gute Geschäfte nach dem Inland und nicht nur nach dem valaischen, sondern auch nach dem baltischen, u. a. nach dem Ost- und nach Belgien gemacht. Die Behinderung der deutschen Industrie durch die Ruhrbesetzung und das Nichtlieferntönnen sind besonders der schweizerischen Maschinenindustrie zugute gekommen.

L. C. Milchpreiskrieg. In Baden hat das von den Milchzeugern angeführte Schiedsgericht über die Preisfestsetzung des Milchpreises nicht entschieden. Erzeuger und Verbraucher einigten sich vielmehr auf einen Staffpreis von 500 Mk. Dieser Preis ist der gleiche, den auch die württembergischen Erzeuger beanspruchten, den aber die Vertreter der Bedarfsgemeinden nicht akzeptieren wollten.

Stuttgart, 26. April. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag waren zugeföhrt: 45 Ochsen, 33 Bullen, 200 Jungbullen, 142 Jungrinder, 264 Kühe, 389 Kälber, 1077 Schweine, 48 Schafe, 3 Fiegen und 7 Aigen, die sämtlich verkauft wurden. Verkauf des Marktes: beibt. Erbs aus 1 Jtr. Lebendgewicht (in 1000 Mt.): Ochsen erste Qualität 270-285, zweite 210-250, Bullen erste 215-230, zweite 175-200, Jungrinder erste 270-300, zweite 230-260, dritte 175-210, Kühe erste 190-225, zweite 145-175, dritte 90-125, Kälber erste 285-300, zweite 260-280, dritte 230-250, Schafe erste 330-340, zweite 290-320, dritte 250-275.

Friedlingen, 24. April. Auf dem hiesigen Viehmarkt wurden folgende Preise für je 1 Stück erzielt: Ochsen 3-5, Kühe 1-4,2, Kalbinnen und Rinder 1 bis 3 Mt., Jungvieh 400-800 000, Käuferfchweine 300-400 000, Milchschweine 170-220 000 Mt. Der Handel ging sehr schleppend.

Hortweil, 25. April. Dem Vieh- und Pferde-markt waren 69 Pferde, 40 Ochsen, 80 Kühe, 170 Rinder und 30 Fiegen zugeföhrt. Bezahlt wurden für schwere Mastochsen 8-10, Ansehlinge 4-5 Mt., je pro Paar, Kühe 3-4, Wurfschweine 1-2,5, Kalbinnen 2-3,5, Rinder 1-2,5 Mt. Der Handel war sehr lebhaft. Dem Schweinemarkt waren 357 Milch- und 5 Käuferfchweine zugeföhrt. Bezahlt wurde für 1 Paar Milchschweine 280-420 000, für 1 Käufer 250 bis 350 000 Mt.



